



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
vom: 17. Februar 2012
zur Vorlage Nr.: [2011-376](#)
Titel: **Nichtformulierte Volksinitiative "Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen"**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend nichtformulierte Volksinitiative "Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen"

Vom 17. Februar 2012

1. Ausgangslage

Am 14. April 2011 wurde die nichtformulierte Volksinitiative "Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen" im Amtsblatt [publiziert](#) und am 12. Mai 2011 mit 6'963 Unterschriften eingereicht. In der Vorlage [2011/376](#) beantragt der Regierungsrat Ablehnung der Initiative, ohne dass ein Gegenvorschlag gegenüber gestellt wird. Der Regierungsrat stellt fest, dass der Landrat am 28. Januar 2010 im Dekret über die Sekundarschulkreise und die Sekundarschulstandorte über eine Neuregelung entschieden hat. Zudem wurden im Landrat im Jahr 2011 weitere Vorstösse in Richtung dieser Initiative klar abgelehnt. Durch die Initiative ergeben sich jährlich Mehrkosten von CHF 8,55 Millionen, was mit dem aktuellen Entlastungspaket 12/15 nicht zu vereinbaren sei – so lautet eine weitere Argumentation der Regierung.

2. Zielsetzung der Initiative

Die nichtformulierte Volksinitiative verlangt eine Garantie für alle Schüler/innen der Sekundarstufe I zum Besuch der nächstgelegenen Sekundarschule. Andernortige Zuweisungen der BKSD sollen nicht mehr zulässig sein, ausser die Erziehungsberechtigten erklären sich damit einverstanden.

3. Kommissionsberatung

Die Vorlage wurde von der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an zwei ganztägigen Sitzungen am 5. und 19. Januar 2012 beraten. An den Sitzungen waren Regierungsrat Urs Wüthrich, Roland Plattner, Generalsekretär BKSD, und Dieter Kaufmann, stv. Leiter AVS, für die Erläuterungen des Sachverhaltes sowie zur Beantwortung von Fragen anwesend. Seitens der Initianten/innen erschien auf Einladung zur Anhörung Franz Näf, Ausbildungszentrumsleiter aus Allschwil, zur Erläuterung von Inhalt und Zielsetzung der Initiative.

3.1 Detailberatung

Der Vertreter der Initiative erläutert einleitend die Mängel

der aktuellen Situation: Innerhalb der bestehenden 7 Sekundarschulkreise kann das Amt für Volksschulen Schüler/innen auch ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten in weit entfernte Gemeinden "zwangsverschieben". Solche Aktionen würden viel Leid bei Schülern/innen und Eltern verursachen. Fallweise sei mit einem langen und gefährlichen Schulweg zu rechnen. Die behaupteten Mehrkosten von CHF 8,55 Millionen seien zu hoch veranschlagt. In der Fragerunde wird erwähnt, offensichtlich handle es sich um ein Problem in Allschwil. Vom Vertreter wurde dies eingeräumt, allerdings verwies er auch auf ähnliche Probleme im Waldenburgerthal. Auf die Frage, wie denn die Tatsache beurteilt werde bei den Kleinklassen, wo sechsjährigen Schülern/innen viel weitere Schulwege zugemutet werden, antwortete der Initiant, in diesen Fällen seien die Eltern zum Wohl ihres Kindes damit einverstanden. Zudem seien sich Eltern mit einer Wohnsitznahme im Oberbaselbiet zum Vornherein bewusst, dass ihre Kinder in anderen Gemeinden zur Schule gehen müssten.

Aus der Kommission wurde auf die Tatsache verwiesen, dass in der Sekundarstufe I heute 85% der Schüler/innen die nächstgelegene Schule besuchen. Zu den jüngsten Problemen sei es vor allem wegen der mangelhaften Kommunikation in Allschwil, Oberwil und Binningen gekommen.

Die Bildungsdirektion bestätigt diese Feststellung und erklärt, dies werde künftig verbessert. Im Übrigen bezeichnet sie den Initiativtext teilweise als unzutreffend, indem es bei der erstmaligen Zuteilung in die erste Sekundarschulklasse noch keine Mobbingopfer und Disziplinarfälle gebe. Verschiebungen würden in der Regel gruppenweise vorgenommen, und es würden nicht einfach 26-er Klassen aufgefüllt und dann einzelne Schüler/innen verschoben. Zudem halte die Bildungsdirektion den Begriff "Zwangsverschiebung" für unangebracht, richtig sei der Ausdruck "Zuweisung".

In der Kommission wurde konstatiert, dass das Anliegen der unformulierten Initiative auch ohne Gesetzesänderung durchführbar sei. Die Bildungsdirektion habe in der Vergangenheit wirklich Flexibilität gezeigt. Mit den Initianten/innen sollte deshalb über einen Rückzug verhandelt werden. Die Bildungsdirektion weist auf Anfrage aus der Kommission auf die Tatsache hin, dass bei einzelnen Eltern keine Bereitschaft für ein Entgegenkommen bei Verschiebungen bestehe.

– *Eintreten:*

://: Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

In der Schlussberatung weist Regierungsrat Urs Wüthrich auf die Kostenfolgen hin, wenn der Initiative stattgegeben würde. So müsste im Bildungsbereich eine finanzielle Kompensation gesucht werden, was dramatische Folgen hätte. Die Zuweisungen im derzeitigen Ausmass seien ohne Einbusse an Bildungsqualität machbar; die Schulwege sind immer noch vergleichsweise kurz.

Dem wird von einem Initianten-Landrat erwidert: Es gebe viele Eltern, die ihren Wohnsitz bewusst anhand des Kriteriums auswählen, dass möglichst viele Einrichtungen am Ort sind. Wer in ein entlegenes Seitental im Oberbaselbiet zieht, nehme lange Wege bewusst in Kauf. Wer hingegen nach Muttenz oder Allschwil zieht, wolle dies nicht.

Die SVP stimmt geschlossen dem Regierungsratsvorschlag zu und lehnt die Initiative ab. Auch die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen die Initiative. Diese stelle eine gewisse Zwängerei dar. Man vertraue auf eine künftig bessere Kommunikation und Abwicklung. Die FDP unterstützt die Position des Regierungsrats. Die Initiative thematisiere kein Bildungs-, sondern ein Wohlstandsproblem. Die CVP/EVP weist auf begangene Kommunikationsfehler hin. Sie spricht sich jedoch für die Möglichkeit von Verschiebungen aus, wenn diese vorher gut kommuniziert werden. Die Grünen befürworten die Initiative. Die Grünliberalen lehnen die Initiative ab.

– Landratsbeschluss

Ziff. 1: Die nichtformulierte Volksinitiative "Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen" wird abgelehnt.

Der Antrag wird gestellt, in vorstehender Ziff. 1 die Wörter "wird abgelehnt" durch "wird angenommen" zu ersetzen.

://: Die Kommission lehnt den Antrag mit 10 Nein: 3 Ja Stimmen ab und spricht sich für die Ablehnung der Volksinitiative aus.

Ziff. 2: Die nichtformulierte Volksinitiative "Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen" wird für rechtsgültig erklärt und den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

://: Einstimmig Ja.

Ziff. 3: Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die nichtformulierte Volksinitiative "Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen" abzulehnen.

://: Die Kommission beschliesst mit 10 Ja : 3 Nein Stimmen, die Volksinitiative abzulehnen.

4. Antrag

://: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat Annahme des Regierungsratsvorschlages und spricht sich somit für die Ablehnung der Volksinitiative "Keine Zwangsverschiebungen an Ba-

selbieter Sekundarschulen" aus.

Füllinsdorf, 17. Februar 2012

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Karl Willmann, Präsident

Beilage:

– Unveränderter Entwurf des Landratsbeschlusses

Landratsbeschluss

betreffend nichtformulierte Volksinitiative „Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen“

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die nichtformulierte Volksinitiative „Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen“ wird abgelehnt.
2. Die nichtformulierte Volksinitiative „Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen“ wird rechtsgültig erklärt und den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.
3. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die nichtformulierte Volksinitiative „Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen „ abzulehnen.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Präsident:

Der Landschreiber: